

04.02.2019 – PM 07/2019

EU-Binnenmarkt

IG BAU kritisiert Slowenien für Förderung von Lohndumping

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) appelliert an die Europäische Kommission die Regeln des fairen Wettbewerbs auch bei der Entsendung von Arbeitnehmern stärker durchzusetzen. Hintergrund sind illegale staatliche Beihilfen Sloweniens für Entsendeunternehmen. Die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH), der die IG BAU angehört, hat deshalb bei der EU-Kommission eine formelle Beschwerde gegen Slowenien eingereicht. „Slowenien hat sein Sozialversicherungssystem so gestaltet, dass Unternehmen, die Arbeitnehmer ins EU-Ausland entsenden, erhebliche Kürzungen der Sozialbeiträge erhalten“, kritisierte der EFBH-Präsident und Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers in dem offiziellen Schreiben an die zuständige EU-Binnenmarktkommissarin Elżbieta Bieńkowska. „Diese künstlich niedrigen Sozialversicherungsbeiträge führen zu einem unfairen Wettbewerb mit Staaten, die ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen ausreichenden sozialen Schutz bieten. Am Ende unterminiert die illegale Praxis Sloweniens die Kernfunktionen des Binnenmarktes der EU.“

Die EFBH taxiert die finanziellen Wettbewerbsvorteile slowenischer Entsendeunternehmen auf rund 500 Euro pro Arbeitnehmer und Monat. Beschäftigt werden die entsandten Arbeiter zumeist im Bausektor in Deutschland, Österreich und Belgien. Derzeit fungiert Slowenien als Tor für viele billige Arbeitskräfte aus Staaten Ex-Jugoslawiens und Albanien. Zwischen 2010 und 2016 stieg die offizielle Zahl der entsandten slowenischen Arbeitnehmer von rund 25 000 auf fast 165 000. Experten schätzen allerdings, dass die tatsächlichen Zahlen um ein vielfaches höher liegen.